

## Die Annäherung zwischen Opposition und Regierung in Ungarn.

### Die Auffassung der politischen Kreise.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 6. Juli.

Die zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza und dem Führer der Opposition Graf Julius Andrássy gestern gewechselten Reden, die zu einer gewissen Abmähung darüber geführt haben, daß den Vertrauensmännern der Opposition ein Einblick in die wichtigsten politischen Vorgänge eröffnet werden wird, haben in der Presse eine überaus sympathische Aufnahme gefunden. Man gibt in den politischen Kreisen allgemein den Erwartung Ausdruck, daß es sich auf diesem Wege ermöglichen lassen werde, das volle Einverständnis, das zwischen den politischen Parteien beim Ausbruche des Krieges bezüglich der entscheidenden Fragen bestand, zu festigen und zu vertiefen. Nur die Gruppe Karolyi scheint von den gestrigen Ereignissen nicht befriedigt und sieht der Möglichkeit einer Festigung der Beziehungen zwischen den Führern der Opposition und der Regierung etwas kühl und unfreundlich gegenüber.

Darüber, in welcher Weise die Heranziehung der oppositionellen Vertrauensmänner erfolgen soll, sind in den politischen Kreisen verschiedene Vermutungen verbreitet. Es ist aber jedenfalls falsch, wenn man annimmt, daß eine Art Kontrollkommission aus der Opposition eingesetzt werden wird. Eher dürften sich diejenigen auf dem richtigen Wege befinden, welche die Erklärungen des Ministerpräsidenten dahin auslegen, daß er in Zukunft vor allen wichtigen Entscheidungen einzelne Führer der Opposition persönlich zu sich bitten oder aussuchen werde, um ihnen die nötigen Mitteilungen zu machen und ihre eventuellen Ratschläge anzuhören. Die Berührung wird somit nicht in festgefügtten Formen, sondern eher in der Art eines vertraulichen Entgegenkommens, wie dies die Wichtigkeit der zu besprechenden Fragen erheischt, erfolgen.

Bezeichnend für die Auffassung, die bezüglich der gestrigen Vorgänge in den maßgebenden politischen Kreisen besteht, sind eine Reihe von Äußerungen, die „Népszó“ in seiner heutigen Nummer veröffentlicht.

Graf Albert Apponyi sagte: Nachdem bei uns die Verhältnisse keine solchen sind, um nach dem Beispiel anderer kriegsführender Staaten eine Koalitionsregierung zu schaffen, halte ich die gestern vorgeschlagene Lösung für ein Auskunftsmitglied, ja für die einzige Möglichkeit zu dem Zweck, damit die verschiedenen Schattierungen der öffentlichen Meinungen des Landes hinsichtlich der richtigen Führung der Angelegenheiten eine gewisse Beruhigung erhalten. Es folgt nämlich aus der Natur des Kriegszustandes, daß bei der Erörterung der auswärtigen und der Kriegsangelegenheiten bei einzelnen Anlässen über absolut entscheidende Momente vor der Öffentlichkeit nicht gesprochen werden kann und eben deshalb die Wirksamkeit der parlamentarischen Kontrolle gerade gegenüber den wichtigsten Handlungen ruht. Es müsse daher die Möglichkeit gefunden werden, daß wenigstens manchen oppositionellen Männern eine ständige Einsicht in die Details der Leitung der Angelegenheiten erlangen und in präventiver Weise bei entscheidenden Faktoren ihren Einfluß geltend machen können; anderseits auch jenem Teile der Nation, der gegenüber der

Regierung kein Vertrauen geht, eine gewisse Beruhigung gewähren und mit gutem Gewissen sagen können, insofern sie sich davon überzeugten, daß hinsichtlich der Führung der Angelegenheiten zu Besorgnissen kein Grund vorliegt. Daß demnach für jene, die diese Aufgabe übernehmen, eine schwere Verantwortlichkeit erwächst und daher das ganze Verfahren schwerlich in eine politische Schablone eingefügt werden kann, ist auch zweifellos wahr. Was aber die Verantwortlichkeit betrifft, so kann ich jetzt für ähnliche Fälle nur zweierlei sagen: erstens, daß das Verschäumen einer sich bietenden Gelegenheit, in kritischen Stunden auf die Leitung der Angelegenheiten Einfluß zu üben, eine noch viel größere Verantwortlichkeit in sich schließt, als die Benützung der Gelegenheit; zweitens, wer keine Verantwortlichkeit übernehmen will, der soll Kartoffeln hauen oder Ochsen mästen, sich aber nicht mit öffentlichen Angelegenheiten befassen.

Stephan v. Rakovszky: Ich billige den Standpunkt des Grafen Julius Andrássy. Denn während in anderen Staaten der Minister des Neuzerns und der Kriegsminister eventuell vor dem Parlament zur Verantwortung gezogen werden, ist dies bei unseren komplizierten staatsrechtlichen Verhältnissen unmöglich. Wenn der Antrag des Grafen Julius Andrássy nicht angenommen worden wäre, so wäre die Opposition im Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit gezwungen gewesen, in der offenen Sitzung des Parlaments Aufklärungen zu verlangen. Ich meinerseits hätte es für zweckmäßiger und richtiger gefunden, wenn eine Koalitionsregierung gebildet worden wäre. Doch bei unseren politischen Verhältnissen ist dies gegenwärtig vollkommen ausgeschlossen, und insolgedessen ist die beste Lösung jene gewesen, die Graf Andrássy proponiert hat.